

Änderungsantrag
(zu Drs. 16/2986 und 16/5445 Nr. 1)

Fraktion der SPD

Hannover, den 27.11.2012

Europäische Agrarpolitik neu gestalten - ländliche Räume in Niedersachsen stärken

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2986

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/5445

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

Entwicklung der ländlichen Räume in Niedersachsen stärken

Der Niedersächsische Landtag stellt fest:

Europa braucht eine starke gemeinsame Agrarpolitik. Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) für die Förderperiode 2014 bis 2020 erfordert auf europäischer, nationaler - und in Deutschland auf Ebene der Bundesländer - zunehmend konzeptionelles Vorgehen für die Ausgestaltung. Schon im nächsten Jahr werden die Weichen dafür gestellt, wie die europäische Agrarpolitik ausgerichtet wird. Für Niedersachsen als Agrarland Nummer 1 in Deutschland ist dies von entscheidender Bedeutung.

Das Leitbild des europäischen Agrarmodells ist eine flächendeckend wirtschaftende und multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft, die dem Ziel einer ressourcenschonenden Produktionsweise im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips verpflichtet ist.

Es gilt eine bäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen, die in möglichst betriebsnahen Kreisläufen wirtschaftet, in die Region und die ländliche Gemeinschaft eingebunden ist und deren Handeln auf die Sicherung der Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen ausgerichtet ist.

Die europäische und damit auch die nationale Agrarpolitik müssen in Zukunft weitaus stärker als bisher unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden. So ist die Entwicklung ländlicher Räume voranzutreiben sowie eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu unterstützen. Lebenswerte Kulturlandschaften müssen erhalten werden und landwirtschaftliche Unternehmen auf den Markt ausgerichtet werden. Gleichzeitig haben wir auch eine globale Verantwortung für die faire Gestaltung des Weltmarktes.

Die Zahlungen der EU an die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten können dauerhaft nur dann gesellschaftlich legitimiert werden, wenn sie an konkrete Leistungen gebunden sind, die insbesondere dem Umwelt-, Klima- und Tierschutz, der Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie der Bodenfruchtbarkeit dienen.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, verstärkt auf die Bundesregierung einzuwirken, damit diese sich bei den Verhandlungen zur Ausgestaltung der GAP 2014 bis 2020 für folgende Eckpunkte einsetzt:

1. Ziel ist eine starke GAP nach 2013 und die Weiterentwicklung des bisherigen Zwei-Säulenmodells.
2. Alle staatlichen Transferleistungen an die europäischen Landwirte müssen zukünftig qualifiziert werden. Das bisherige System der Belohnung für die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen

tungen muss durch ein System der echten Entlohnung konkreter Leistungen ersetzt werden. Diese Leistungen sollen vor allem in den Bereichen Klima-, Umwelt- und Tierschutz, Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie der Bodenfruchtbarkeit erbracht werden. Die Einhaltung fairer Welthandelsbedingungen muss berücksichtigt werden.

3. Die gewünschten gesellschaftlichen Leistungen werden in einem EU-weit gültigen Angebotskatalog detailliert und zielgenau beschrieben. Die Vergütung ist an der Erreichung vorab festgelegter Zielvorgaben auszurichten.
4. Die Direktzahlungen an die Landwirtschaft aus der sogenannten 1. Säule sind neu zu strukturieren und die Greening-Vorschläge der EU-Kommission sind zu unterstützen.
5. Die 2. Säule wird inhaltlich und finanziell zu einem umfassenden und wirkungsstarken Instrument der integrierten Entwicklung ländlicher Räume ausgebaut:
 - a) Die 2. Säule ist finanziell zu stärken.
 - b) Regionale Ansätze einer integrierten Entwicklung und regional bedeutsame ökologische Leistungen, die Förderung der ländlichen Infrastruktur und von Innovationen werden über die 2. Säule finanziert.
6. Öffentliche Gelder werden transparent und nachvollziehbar vergeben. Eine regelmäßige Evaluation der Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung und Effizienz ist zwingend vorzusehen.
7. Die Einführung eines verbindlichen Zertifizierungssystems für die Direktzahlungen wird zum Bürokratieabbau beitragen. Als Modell dient das Zertifizierungssystem, das sich bereits im ökologischen Landbau bewährt hat.
8. Die Kofinanzierungsmodalitäten sind so auszugestalten, dass auch finanzschwache Regionen in die Lage versetzt werden, das EU-Maßnahmenspektrum anzuwenden.
9. Die Agrarexportsubventionen und weitere handelsverzerrende interne Stützungen laufen endgültig aus, auch unabhängig von den Ergebnissen der derzeitigen WTO-Verhandlungen.

Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, das Folgeprogramm für das Programm zur Förderung im ländlichen Raum, Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013 (PROFIL) für den Zeitraum 2014 bis 2020 nach Maßgabe der o. g. Punkte auszugestalten.

Begründung

Im Jahr 2008 wurden im Rahmen des sogenannten Health Checks neue Schwerpunkte für die zukünftige Agrarpolitik auf europäischer Ebene benannt. Dazu gehören nach Auffassung der EU-Kommission insbesondere der Klimawandel, das Wassermanagement, der Bodenschutz, die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien im Agrarsektor. Die GAP nach 2013 muss wesentlich auf diese neuen Herausforderungen ausgerichtet werden. Ein „Weiter so“ und die Fortschreibung der bisherigen Agrarpolitik wird den genannten Herausforderungen nicht gerecht. Daher muss die GAP dringend modifiziert werden.

Niedersachsen als Agrarland Nummer 1 ist besonders darauf angewiesen, im globalen Wettbewerb zukunftsfähig aufgestellt zu sein. Hinzu kommt, dass der demografische Wandel in Niedersachsen in einigen ländlichen Räumen eine starke Strukturverarmung bedingt. Um gleichwertige Lebensbedingungen in Niedersachsen gewährleisten zu können, ist es dringend erforderlich, die Chancen zu nutzen, die sich durch die Finanzmittel der 2. Säule bieten. Niedersachsen ist gefordert, die ländlichen Räume diversifiziert weiterzuentwickeln und mit gezielten Maßnahmen zu stärken.

Johanne Modder
Parlamentarische Geschäftsführerin